

Saale-Beitung.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

werden die gewöhnliche Kolonialzelle oder deren Raum mit 30 Pfg. (siehe auch Seite mit 20 Pfg. berechnet und in weiteren Anzeigenteilen aus dem Annoncen-Expeditoren angemessen. Restanten die Zeit 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mt.

Ercheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Braunschweiger Str. 17; Verlagsdirektion: Markt 24.

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei postmässiger Bezahlung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts, including Postgebühren. Bestellungen werden von allen Buchhandlungen angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird kein Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Quittungsbogen. „Saale-Beitung“ gestattet.
Herausgeber der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnement-Abteilung Nr. 1133.

Nr. 527.

Halle a. S., Freitag, den 8. November.

1912.

Die Agrarkommission der Fortschrittlichen Volkspartei.

Bei Beratung der Feuerungsinterpellation im preussischen Abgeordnetenhaus hat der Führer der fortschrittlichen Volkspartei, Herr Abgeordneter Dr. Wiermer, mit aller Entschiedenheit betont, und namens der Partei die Erklärung abgegeben, dass

die deutsche Landwirtschaft unter keinen Umständen preisgegeben werden darf, daß sie für das Volksganze unentbehrlich sei, weiter hat er zum Ausdruck gebracht, daß die heimische Fleischproduktion, also der als Viehträger zu gehende Bauernstand, so gestärkt werden muß, daß durch ihn der gefamte deutsche Fleischbedarf gedeckt werden kann.

Durch diese Erklärung ist erneut zum Ausdruck gekommen, daß die fortschrittliche Volkspartei keineswegs bauernfeindlich sei, wie dies immer von Bunde der Landwirte und den Konserverativen behauptet wird, sondern daß sie gerade auf Stärkung und Hebung besonders der kleinen und mittleren Landwirtschaft hinarbeitet. Wenn der Reichsanwalt v. Bethmann-Hollweg das „ein neues Postulat in dem alten fortschrittlichen Programm“ nennt, so zeugt das gerade nicht von großer Programmentzweiheit. Bauernfreundlich ist der entschiedene Liberalismus von jeher gewesen und wird es auch bleiben, alle Einwendungen der Rechten werden ihn davon nicht abbringen.

Die Wege, welche seit über 30 Jahren in unserer Wirtschaftspolitik gewandelt werden und die nahezu „historisch“ geworden sind, sind nach Ansicht der Volkspartei nicht diejenigen, welche zur Hebung der Landwirtschaft, zu ihrem eigenen Gedeihen, zur Förderung der gesamten Wirtschaft und Kultur führen können. Nicht nur, daß diese Wirtschaftspolitik der Landwirtschaft die Produktionsmittel verweigert, sie erzeugt besonders eine einseitige Bevorzugung des Agrarbereichs auf Kosten der Viehwirtschaft und der einheimischen Fleischherzeugung, schädigt also zunächst den Bauernstand und belastet dann die Allgemeinheit. Weiter wird durch die gegenwärtige Wirtschaftspolitik die Regelung des Großgrundbesitzes, immer mehr gebundenen des bäuerlichen Besitzes nicht nur gehindert, sondern geschwächt. Eine solche Wirtschaftspolitik wurde mit allem Recht von Fall zu Fall von der fortschrittlichen Volkspartei und ihren Vorgängerinnen und von deren parlamentarischen Vertretern bekämpft. Um nun den Sonderinteressen des Großgrundbesitzes, die in der heutigen Wirtschaftspolitik zum Schaden der Allgemeinheit vertreten werden, entgegenzuwirken zu können, hat der Mannheimer Parteitag der fortschrittlichen Volkspartei eine Agrarkommission eingesetzt. Durch die Kommission sollen zunächst Erhebungen angefertigt werden, durch welche Klarheit geschaffen wird über die Wirkungen der heutigen Wirtschaftspolitik, aller in Betracht kommenden landwirtschaftlichen Zölle, auf den Wirtschaftsgang der verschiedenen Größen- und Intensitätsklassen landwirtschaftlicher Betriebe und über die Beziehungen der deutschen Landwirtschaft zum Ausland. Von der Schwierigkeit der Aufgabe durchdrungen, soll die Kommission mindestens für einzelne landwirtschaftliche Arbeitsgebiete dem nächsten Parteitag programmatische Unterlagen bieten. Als dringliche Forderungen sind der Kommission unterbreitet:

1. Planmäßige Verwandlung von Oedländern in Wald oder in Anbaugebiete, sofern die natürlichen und wirtschaftlichen Grundlagen vorhanden sind und die Verkehrsbedingungen gegeben oder zu erwarten sind.

2. Planmäßige Überführung der im Staatsbesitz befindlichen im Großbetriebe landwirtschaftlich genutzten Flächen in bäuerliche Familienwirtschaften, unter Wahrung des Bauernstandes des Staates, Beschleunigung des Bauernstandes nach Ablauf der laufenden Nachperiode auf den Staatsdomänen in unmittelbarer Nachbarschaft der Städte.

3. Ausdehnung des Staatsbesitzes an Wäldern, insbesondere in den Quellgebieten der Wasserläufe und an Schutzwäldern an den Weeren und in den Gebirgen. Staatsaufsicht für den gesamten Waldbestand in Deutschland und in den Kolonien.

4. Errichtung eines Reichsamts für Land- und Forstwirtschaft.

5. Sofortiges reichsgefestigtes Verbot der Erweiterung bestehender und der Errichtung neuer Fideikommiss für das Reichsgebiet und die Kolonien.

6. Erforschende Erhebungen über Umfang und Betrieb der bestehenden Fideikommiss im Reich und in den Kolonien (Wald, Acker, Weiden, Weiden-, Selbstbewirtschaftung oder Verpachtung, Anzahl, Größe, Ertrags der abverpachteten Wirtschaften oder Acker, Jagd- und Fischereiverpachtungen und deren Ertragsfähigkeit).

7. Sofortige Aufhebung aller Zölle auf Futtermittel.

8. Sofortige Einführung von Zuchtstieren unter schärferer Kontrolle des Gesundheitszustandes schon an der Grenze und unter Beibringung des Nachweises, daß die Tiere für den eigenen Gebrauch von Züchtern verwendet werden.

9. Befugnis des Bundesrats zur vorübergehenden Herabsetzung des Zolls auf Magerevie und Zugochsen unter schärferer Kontrolle des Gesundheitszustandes schon an der Grenze und unter Beibringung des Nachweises, daß das Vieh für den eigenen Gebrauch verwendet werden, oder in solche Wirtschaften gehen soll, die ihren normalen Bedarf nicht gedeckt haben.

10. Überführung der beamteten Tierärzte in den unmittelbaren Reichsdienst. Verteilung derselben nicht nach politischen, sondern nach Judiz-, Vieh- und Verkehrs-

gebieten. Planmäßige Erweiterung der Tätigkeit dieser Tierärzte zu ununterbrochenen Beobachtungen der Tierhaltung und der Tierzucht (Tierinspektoren).

11. Vereinfachung der Seuchenbehandlung und des Seuchenschutzes.

12. Reichsanstalten oder vom Reich auskömmlich unterstützte Anstalten für die Beobachtung und Erforschung der Krankheitsübertragung und Häusierung, unter Wertung ausländischer Beobachtungen.

13. Erhebungen über die Möglichkeit einer obligatorischen alle Tierbesitzer umfassenden Reichs-Seuchenversicherung.

14. Gesetzliche Maßnahmen zur Vermeidung unfauler Gewinne beim Zwischenhandel mit falschhaltigen Düngemitteln.

15. In allen Bundesstaaten gleiches, gleiches und unmittelbares Wahlrecht zu den Landwirtschaftsammern für alle selbstständig tätigen Landwirte (auch für selbstständig tätige Frauen). Dabur: Einwirkung der deutschen Bauernschaft auf Zusammenlegung und Tätigkeit des deutschen Landwirtschaftsrates.

Hierzu sei bemerkt, daß Preußen im deutschen Landwirtschaftsrat durch 25 Landwirtschaftsammern ernannt 20 Mitglieder vertreten wird. Von diesen 25 Herren sind 20 Grafen und adelige Kammerherren, Majoratsbesitzer, Rittergutsbesitzer und Adelige. Nur 5 von diesen Mitgliedern sind bürgerlicher Herkunft und wieder nur einer von diesen ein Hofbesitzer. Dabei belagt § 1 des Landwirtschaftsrates, daß der im Landwirtschaftlichen Interesse im Gesamtumfange des deutschen Reiches nachzuziehen hat. Wenn nun nur ein bäuerlicher Besitzer mit Stimme in dieser Körperschaft vertreten ist, dann kann man sich sehr leicht ausmalen, wie die bäuerlichen Interessen vertreten werden.

16. Angemessene Vertretung der landwirtschaftlichen Angestellten und der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft in den Landwirtschaftsammern. Dabur: Einwirkung der Angestellten und Arbeiter auf Zusammenlegung und Tätigkeit des deutschen Landwirtschaftsrates.

17. Dauernde Erhebungen über die Abwanderung vom flachen Lande.

18. Reichsgefestigte Regelung des Arbeitsvertrages der in der Land- und Forstwirtschaft und in den dazu gehörigen gewerblichen oder gewerblich oder handwerkartigen Betrieben Angestellten, Gehilfen, Arbeiter, Hilfsarbeiter und Beurlaubte beiderlei Geschlechts.

19. Einführung von Landwirtschaftsinspektoren (nach Art der Gemeinheitsinspektoren) von Reichs wegen und als unmittelbare Reichsbeamte.

Die letzte Forderung erscheint notwendig, weil auf diesem Gebiet sehr oft Dinge geschehen, von denen es sich manche Schulmeisterei nicht träumen läßt. Man denke nur an die

Feuilleton.

Ibsen: Die nordische Heerfahrt.

Neuinszenierung im Halle'schen Stadttheater.

Halle, 8. November.

Schneht, die Nibelungenage im Urtext oder in einer Uebersetzung oder auch in einer dramatischen Bearbeitung auf sich wirken zu lassen, hat wohl nur der Literarhistoriker, und auch der nur in arbeitsloser Stimmung. Dagegen kann man die Beobachtung machen, daß sowohl Hebbels „Nibelungen“ wie auch Ibsens „Nordische Heerfahrt“, deren Motto nicht sehr verschieden ist von dem der Nibelungen, auch auf den eine starke Wirkung ausüben, der mitten im Nibelungen und Werden unserer Zeit steht, so die Aufführung von guten Geistes besetzt ist.

Ibsens „Nordische Heerfahrt“. Nur wenig Freude wird die Ankündigung hervorgerufen haben, und selbst die vielen, die Ibsen in Halle schmerzlich vermissen, gingen nicht in froher Erwartung ins Theater. Bedächtig die Hochachtung vor Albert Ibsens Kunst, die gestern ihr zehntes Bestehen feierte, füllte das Theater. Aber man gab keine Gleichgültigkeit schnell auf und die Gestaltung der komplizierten Handlung durch Ibsen wirkte rasch anerkennend. Der zweite Akt gar, in dem der greise Rode Dornst sein siebenes Sohn heraus wird, während er das Schicksal seines Kindes aus Rüberhand befreit, erweckte daselbst tiefegehende Mitleid, das der Mensch von heute der Tragik gegenüber, die er miterlebt, empfindet. Die seinen psychologischen Fäden, mit denen Ibsen die Charaktere auspinnt und mit deren Hilfe er jede Phase der Handlung motiviert — mehr kunstvolle Kleinarbeit als das Wert eines Genies —, spornen zu Vergleichen an und ermuntern das Interesse, zumal da die Regie mit emsigem Fleiß der Komplexität der Einzelhandlungen und der des Wortes entgegengetreten war.

In der Tat gelang es der Aufführung, das Werk überflüssig und klar zu gestalten, ohne daß dabei die Willkür einzelner Personen und die Tragik des Stoffes zu kurz gekommen wären. Es war eine der besten und sorgfältig durchgearbeiteten Aufführungen, die das Stadttheater in den letzten Jahren gegeben hat. Man hatte sich mit Liebe in die Einzelheiten vertieft, mit Liebe legte die Regie für den einseitigen Guß ein verständiger Regisseur — Walter Sieg — waltete über der Vorstellung. Mit der sympathischen

Gestalt des alten Dornst, der in flatterndem weißen Bart Gerechtigkeit und Ehre verteidigt, der sich mit gedrohenem Herzen nach aufrecht hält und seiner Sippe Genugtuung schafft, hat Albert Ibsen sich wieder eine prächtige Leistung geschaffen. Mit Bewunderung hätte man auf die Ausdrücke der Kraft des greisen Rode, tief ergriffen sah man von dem Jammer dieses Großen. Mit erstaunlicher Kraft hatte sich Helene Achterberg in die Gestalt der blutdürstigen und rachsüchtigen Hjordis hineingefunden; mit der größten Hingabe wirkte sie auch die Liebe zu Sigurd darzustellen. Mit Freude durfte man ferner Hans Hofers martigen Sigurd und Walter Jansen's Gannar, der seiner Zeit um einige Jahrhunderte voraus ist, allen Anforderungen, die der Dichter an sie stellt, gerecht werden sehen. Da die Bühnenausstattung Bilder zeigt, die sich nicht damit begnügen, nordische Landschaften und nordische Häuser aus dem Mittelalter darzustellen, sondern die kunstvoll die Dichtung unterstützen, da weiterhin auch in kleinen Rollen mit Gewandtheit gespielt wurde, so kam eine Vorstellung zustande, die uns wieder mit neuen Hoffnungen für die Zukunft besetzt.

Martin Feuchtwanger.

Ein neues Stück von Max Dreyer.

Stuttgart, 7. November.

Nun hat auch das Stuttgarter Hoftheater seine Ehrenvorstellung zu Max Dreyers 50. Geburtstag herausgestellt mit der Uraufführung seines Offiziersdramas „Die Frau des Kommandeurs“, die am Mittwoch im „Kleinen Haus“ des Stuttgarter Hoftheaters in Szene ging. Die Uraufführung hätte schon früher stattfinden sollen, aber der Dichter hatte das Stück nochmals zurückgezogen, um Änderungen daran vorzunehmen. Das Stück führt uns in das Haus des Oberleutnants und Regimentskommandeurs bei den Illanen, Lorenz Gidemeister, eines tüchtigen Offiziers bürgerlicher Herkunft, der mit ehrsüchtiger Begehr auf sein nahe bevorstehendes Aufsteigen zum Brigadefeldkommandeur wartet. Seine junge Gattin Aulse, ein zarbelaltes, mimosenhaftes Wesen, protegirt den jungen Leutnant Thormann, der Rennreiter ist und gelegentlich mit der Frau Kommandeurs Klavier spielen darf — übrigens in aller Ehrbarkeit. Nebenher ist freilich der junge Rennleutnant ein leidenschaftlicher Jäger; er hat beträchtliche Wesselschulden, und die einzige Hoffnung, an die er sich noch klammert, ist der Sieg beim nächsten Rennen. Er schießt nicht, sondern er stürzt

und wird mit einer schweren Schädelerwähung in seine Wohnung gebracht. Dornst ein sofort auch die Frau Oberleutnant in vollem Ernstverständnis mit ihrem Gatten, der bald darauf selbst erscheint. Vorher kommt aber der unvermeidliche Antrug in Person des Majors v. Schlei, so eine Art Jago in Uniform, der den Oberleutnant auf das Verhängnis der Situation aufmerksam zu machen sucht. Der Oberleutnant nennt ihm einen tatlosen Patron und muß sich hinterher mit ihm scheiden. Das Vertrauen zu seiner Frau aber ist unerschütterlich, daß er den jungen Leutnant sogar zur Pflege zu sich ins Haus nimmt. Ja, er zahlt noch obendrein die Wesselschulden des armen Teufels. Darob ein neues Geflecht. Einer nach dem anderen kommt, um ihm klarzumachen, daß er, um den üblen Schein zu meiden, den jungen Offizier jetzt aus dem Hause tun müsse. Zuletzt kommt gar noch der Divisionskommandeur, der eben im Begriff steht, des Oberleutnants Schwager zu werden, und kehrt den Vorgesetzten heraus. Der Oberleutnant entgegnet ihm mit großer Deutlichkeit, daß er sich in die Angelegenheiten seines Hauses nicht hineinreden lasse. Der Schwager Divisionskommandeur sieht wutentbrannt ab, nicht ohne dem Oberleutnant die Verpötlung zu hinterlassen, daß es jetzt mit der meisten militärischen Laufbahn aus ihm dürfte. Aber auch dadurch läßt sich der wackeren Oberleutnant Gidemeister nicht aus dem festlichen Gleichgewicht bringen, und der Zuschauer hat am Schluß des Stückes den rührenden Anblick, daß die herzen des Kommandeurs und seiner jungen zarbelaltes Kommandeurs sich jetzt erst recht gefunden haben, ja daß der Oberleutnant, verliebt wie ein junger Leutnant, in eine rosige Zukunft schaut — trotz des im Hintergrunde dräuenden blauen Briefes.

Dem Dichter hat wohl so etwas Ähnliches wie ein „Probekandidat in Uniform“ vorgeföhrt, ein Offizier, der lieber die Karriere preisgibt, als daß er an seinen persönlichen Grundbedürfnissen rütteln läßt. Aber im „Probekandidaten“ handelt es sich um Weltanschauungsfragen, in dem neuen Dreyerschen Stück dagegen nur um Garnisonssache. Dabei fehlt es an dramatischem Gehalt, und die handelnden Personen vermögen nicht unter Interesse zu erwecken, zumal sich ihre Beschäftigung in der Hauptrolle um die trivialsten Pferdestall- und Kommissangelegenheiten drehen.

Die Stuttgarter Aufführung unter Geheimerat Stephanos Leitung halte aus dem Stück heraus, was nur herauszuholen war. Das sodaldische Willeu war sehr gut getroffen. Das Stück fand beim Publikum eine sehr freundliche Aufnahme; namentlich nach dem zweiten Akt, und am Schluß erwachte starker Beifall. Der Dichter, der den letzten Proben selbst beigewohnt hatte, konnte wiederholt erscheinen. E. M.

Handhabung von Schiffsbeschriften für landwirtschaftliche Maschinen usw.

Alles in allem: Diese Richtlinien, von praktischen Landwirten aufgestellt, bringen ein so reichhaltiges Material mit sich, daß die Kommission reichlich Stoff zur Arbeit bei ihrem Zusammentritt vorfindet. Manches in den Richtlinien besonders beachtenswert, ist bereits in dem Programm der fortschrittlichen Volkspartei enthalten. Es scheidet aber durchaus nichts, wenn die Kommission sich nochmals mit den Dingen beschäftigt. Bei näherer Betrachtung wird man sicher nicht jagen können, daß die in den Richtlinien genannten Forderungen und Wünsche „bauernfeindlich“ wären oder sich gegen die deutsche Landwirtschaft im allgemeinen richten. Die Forderungen sind getragen von der Erkenntnis, daß es für unser Staatswesen viel wichtiger ist, Tausende von Bauernwirtschaften zu erhalten und die gesamte Bauernwirtschaft zu heben, als eine Handvoll Gunterfamilien in ihrem „historischen“ Dasein zu hängen.

Emil Schmilgin (Halle a. S.).

Vor Konstantinopel.

Im Kriege zwischen den verbündeten Balkanstaaten und der Türkei konzentriert sich jetzt das allgemeine Interesse in erster Linie auf

die Thesalonika-Linie.

um die sich der letzte Kampf abspielen wird. Sie ist eine Verteidigungsstellung, die etwa 40 Kilometer von Konstantinopel entfernt liegt. Sie erstreckt sich vom Marmara-See nach dem Schwarzen Meer, lehnt sich mit ihren Flügeln an das Meer an und sperrt infolgedessen den Zugang nach Konstantinopel auf der Landseite gänzlich ab. Darin liegt ihre große militärische Bedeutung. Sie kann nicht umgangen, sondern nur erobert werden. Auch kann der Angriff nicht durch ein Vorgehen gegen die Plätze unterstützt werden. Nur ein rein frontal Angriff führt zum Ziel. Der Angriff ist deshalb sehr schwierig. Er könnte allerdings von der See her durch das Feuer von Schiffsgeschützen wirksam unterstützt werden. Die Bulgaren aber haben keine Flotte.

Die Stellung selbst ist durch das Gelände sehr begünstigt. Sie liegt auf einem Höhenzug, der das vorgelagerte Überfließ. Vor der Front, beinahe in der ganzen Ausdehnung, befindet sich ein Hügel, der Karasu Dere, der in einem tiefen Einschnitt fließt. Nur in seinem unteren Laufe wird das Ufer breiter, zugleich aber auch flumpiger, so daß jene Uferabgrenzung dem Angreifer große Schwierigkeiten bereiten würde und besondere Vorkehrungen erfordert. Auf den beiden Flügeln befinden sich je ein kleinerer Strandsee, im Südwesten am Marmara-Meer der See von Bujuk Lebnelme, im Nordosten der See von Dertos. Die ganze Stellung hat eine Ausdehnung von etwa 40 Kilometern. Die durch die günstige Geländebildung gegebene Verteidigungsstellung wurde von den Türken in den Jahren 1877/78 unter der Leitung des Generals Blum-Balka befestigt. Seitdem ist eigentlich fortwährend an ihr gearbeitet worden, ohne daß jedoch eine wirklich moderne Anlage entstanden wäre. Ausführliche Pläne sind mehrfach aufgestellt und ausgearbeitet worden. Zum wirklichen Ausbau sollte es aber in der Regel an den notwendigen Mitteln. Nur wenn eine Kriegsgefahr drohte, wurden Mittel für diesen Zweck flüssig gemacht. Somit die Befehle aber befristet war, blieben auch die Arbeiten unvollendet und verfielen wieder.

Die Befestigungswerke bestehen aus einer Reihe von Erdwerken, die in zwei und mehr Reihen hintereinander liegen, so daß an einigen Stellen sogar mehrfache Eingänge abgeben werden kann. Eisen- und Betonbauten, wie die moderne Befestigung unbedingt verlangt, sind nicht vorhanden. Die Erdwerke haben die Form von Redouten, Halbrundtürmen und Fleichen. Die Werke haben ein gutes Schußfeld und können sich gegenseitig wirksam unterstützen. Die Zahl der Werke ist nicht genau bekannt. Nach neueren Angaben sollen etwa 30 derartige Forts vorhanden sein, die für eine Besatzung von 4—5000 Mann und die Aufstellung von 4—5 Geschützen eingerichtet sind. Außerdem sind noch zahlreiche ältere Erdwerke geringeren Kalibers und geringerer Größe vorhanden, deren Zahl auf 100 angegeben wird. Die schwere Artillerie ist in besonderen Batterien vereinigt, die auf der ganzen Front ziemlich gleichmäßig verteilt sind. Alle diese Werke sind untereinander durch Schützengräben verbunden, so daß eine zusammenhängende Verteidigungsstellung entstanden ist. Vor der Front sind Drahtbehinderungen angebracht. An einigen Stellen sind auch gemauerte Untertunfs- und Munitionsräume vorhanden. Eine telegraphische Leitung verbindet die einzelnen Werke.

Diese sehr ausgedehnte Stellung bedarf zu ihrer nachhaltigen Verteidigung auch sehr zahlreicher Truppen. Man rechnet, daß dafür mindestens 100 000 Mann sowie 250 schwere und etwa 150 Feldgeschütze erforderlich sind. Es sollen zwar genügend Geschütze vorhanden sein, aber nur ein Teil entspricht den modernen Anforderungen. Die Kaliber wechseln von 12 bis zum 28 Zentimeter-Kaliber. In den letzten Tagen soll die Geschützbesetzung noch durch Geschütze aus den Darmanien-Befestigungen noch verstärkt worden sein, die dort nicht mehr gebraucht wurden. Dies sollen zum größten Teil Kruppische Geschütze modernster Konstruktion sein, zur Bedienung verfügt die Türkei über 24 Kompagnien Fußartillerie. Es fragt sich nur, ob diese so gut ausgebildet sind, daß sie aus den Geschützen nicht nur schießen, sondern mit ihnen auch treffen können.

Die türkischen Truppen haben sich bekanntlich inzwischen fast durchweg hinter diese starke Position zurückgezogen und werden dort täglich durch frische afrikanische Regimenter vermehrt, so daß man äußerst schwere Kämpfe erwarten darf.

Die Griechen setzen vor Salonik.

Nach offiziellen Berichten, die am Donnerstag in Athen eingetroffen sind, ist die unter dem Kommando des Kronprinzen Konstantin stehende griechische Armee nach der Schlacht bei Janina über Aunajia gegen Saloniki vordemarschiert und hat an Stelle der von den Türken zerstörten Barbarbrücken Pontonbrücken geschlagen, über die das griechische Heer den Vormarsch antrat und nordwestlich von Saloniki seine Stellung bezog. Das bei Saloniki konzentrierte griechische Heer besteht aus etwa 60 000 Mann, die mit 16 Feldartilleriebatterien ausgerüstet sind. Eine griechische Division hat die Höhen des Berges Horjazi besetzt. Andere griechische Truppenbesten den Weg nach Vrigi, um Saloniki von dem weicher westlich liegenden Karabouna abzumachen. Der wichtigste Teil der Stadt, wo der Widerstand mündet, ist offen geblieben, weil es von dieser Seite nicht möglich ist, in die Stadt zu kommen. Die türkische Garnison hat sich auf den Höhen gegenüber von Horjazi verschanzt.

Ferner wird behauptet, daß

Adrianopel gefallen

sel.

□ London, 8. Nov. Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Bukarest schreibt: Ich komme eben hier an und habe Grund zu sagen, daß Adrianopel gefallen ist. Die Bulgaren haben diese Aufgabe geheim gehalten, denn sie wußten, daß die Mächte einmischen würden, um zu verhindern, daß sie nach Konstantinopel vordringen. Seit Montag werden übrigens außerordentliche Anstrengungen gemacht, um alle Nachrichten vom Kriegsschauplatz geheim zu halten. Auch in Sofia liegen nur wenige Nachrichten vor. Die Zensur wird mit außerordentlicher Strenge gehandhabt. Ich glaube, daß die Garnison von Adrianopel, das gänzlich von Feinden umzingelt war, ihre Uebergabe am Montag anbot, nachdem einige Ausfälle misslungen waren, und zwar unter der Bedingung, daß ein Abzug unter militärischen Ehren gestattet werden sollte. Diese Forderung wurde aber verworfen und die Belagerung dauerte fort. Am Dienstag ergab sich dann die ganze Garnison bedingungslos. Es werden jetzt große Anstrengungen gemacht, um Truppen zusammenzufinden, die die letzte türkische Armee vernichten sollen, um dann nach Konstantinopel vorzudringen. Infolgedessen werden alle verfügbaren Truppen aus Mazedonien herangezogen. Die Eisenbahnen sind voll von Bewunderern, die nach ihrer Heimat kehren werden sollen. Alle Opfer werden jedoch belohnt durch die zahlreichen Erfolge.

Als Folge dieser Anbahnung von Mißgeschick scheint

eine neue türkische Ministertafel

benutzt zu werden. Der Führer der türkischen Unionisten Abdülmecid, der frühere Minister des Innern und der Senator Mustafa Kriqim sind nämlich vom Sultan empfangen worden. Aus dieser Tatsache entstanden Gerüchte über eine Kabinettskrise. Der Großvezir hatte eine Unterredung mit dem österreichischen Botschafter unmittelbar nach der Konferenz, die die Botschafter miteinander hatten.

Auch sollen

Friedensverhandlungen

begonnen haben. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Sofia will darüber erfahren haben, daß die Türkei, nachdem sie alle Hoffnung aufgegeben hat, die verlassenen Gebiete zu retten, von dem Wunsch befreit, sich wenigstens die noch bedrohten Landestteile zu erhalten, den Balkanstaaten eine erste Friedensvorschlages gemacht hat. Der bulgarische Ministerpräsident Geshow bezog sich sofort nach dem Kriegsministerium, wo er mit dem Kriegsminister konferierte. Das Ergebnis der Konferenz wird natürlich geheim gehalten. Man glaubt jedoch, daß die Friedensverhandlungen der Türkei zu spät kommen. Die Bulgaren legen ihren Vorschlag auf die Hauptstadt energisch fort.

Nicht gering fand bei einer etwaigen Liquidation der europäischen Türkei

Oesterreichs Forderungen.

Graf Walther Sternberg, dessen Besiehungen zum österreichischen Thronfolger bekannt sind, veröffentlicht im „Wiener Journal“ einen Artikel über Oesterreichs Wünsche im Falle des Balkanfriedens, welche in folgenden Forderungen gipfeln. Erstens: Bankmonopol für alle Balkanstaaten. Was die Banque Ottomane für die Türkei war, soll künftig die österreichisch-ungarische Kreditbank für den Balkan sein. Die Bank hätte in allen Städten nach dem Mutter des „Credit Sponnats“ Filialen zu errichten. Zweitens: Schiffsahrtsmonopol. Der Schiffsahrtstribut vor und zu den Balkanhäfen müßte dem österreichischen Lloyd garantiert werden und dieser von den Balkanstaaten subventioniert werden. Drittens: Die Bahn von Belgrad nach Saloniki müßte fuhrerlos in den Besitz österreichischer Mittelsgesellschaften übergehen. Viertens: Uebernahme der Eisenbahnen auf Kreta, das eine Art österreichisches Malta werden soll.

Daß diese Forderungen niemals von den anderen Mächten der Donaumonarchie zugestanden werden könnten, wird kein vernünftiger Mensch glauben. Deshalb versteht es sich einfaeh von selbst, daß

Erzherzog Franz Ferdinand demittiert.

Das Prager Blatt „Ceske Noviny“ meldet: Der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand habe sich einem honorarangehörigen Mitglied des Hofrates gegenüber in einer Unterredung dahin geäußert, daß alle Gerüchte, nach denen er Anhänger einer Expansionspolitik auf dem Balkan sei, nicht den Tatsachen entsprechen. Der Thronfolger sprach den Wunsch aus, daß der Balkanfriede möglichst bald beendet werde, damit Oesterreich-Ungarn seine großen wirtschaftlichen Aufgaben am Balkan erfüllen könnte. Der Erzherzog-Thronfolger fügte hinzu, er habe nichts dagegen, wenn die Definitivität erfahre, welchen Standpunkt er in der gegenwärtigen Lage einnehme.

Im übrigen machen

die Interventionsversuche

wieder von sich reden. Die englische Regierung hat verklaeren lassen, daß sie einer Mediation im Prinzip zustimme. Man sagt in Paris, daß Rußland eine analoge Antwort erteilt hat. Die Antwort von Deutschland und Oesterreich-Ungarn wird, wie man glaubt, ebenfalls im Prinzip günstig sein, unter dem Vorbehalt, daß die Mobilitäten noch festzuhalten sind.

Dem gegenüber haben in Petersburg die diplomatischen Vertreter der Balkanstaaten dem Minister des Aeußern Sazonow erklärt, laut den Instruktionen ihrer Regierungen fänden diese, daß der jetzige Moment für einen Friedensschluß verträglich sei.

Aus einer in Paris von dem serbischen Ministerpräsidenten Palaschitz dem Belgischer Korrespondenten eines französischen Blattes gegebenen Erklärung geht hervor, daß Serbien die Gründung eines eigenen Staates Albanien schon aus inneren Gründen, namentlich wegen der Verschiedenheit der Religionsbekenntnisse, für unmöglich hält.

Die Aufstellung Albanens zwischen Serbien und Griechenland erscheint dem serbischen Ministerpräsidenten als das beste Auskunftsmitel. Ueber die weiteren Gebietsansprüche Serbiens äußerte sich der Minister dahin, daß die Häfen San Giovanni, Metkwa und Durazzo festzuhalten werden müßten.

Das Schicksal Konstantinopels wollen die oter Balkanverbündeten gern der Entscheidung der Mächte überlassen.

Wer wird Herrscher von Albanien?

§ Paris, 8. Nov. „Echo de Paris“ behauptet, daß, wenn Albanien eine autonome Verwaltung erhält, wahrscheinlich

ein deutscher Prinz an die Spitze des Staates gestellt werden dürfte, der unter der formellen Oberhoheit des Sultans stehen würde. Es ist nicht noch bekannt, ob sich Serbien mit dieser Lösung der Frage einverstanden erklären wird. Das Blatt fügt hinzu, daß Jar Ferdinand ab bestmögliche, sich in der Sofia-Woche in Konstantinopel zum Kaiser des Balkans und des ausruhen zu lassen. Andererseits berichtet der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“, daß Italien den Thron von Albanien für den Herzog der Abruzzen fordere.

Deutsches Reich.

Wer wird Reichstagspräsident?

W. G. Nach der jetzt in Berlin erfolgten Wiederwahl des fortschrittlichen Reichstagsabg. Dr. Raempff, dessen Präsidentenamt durch die Mandatsübertragung seinerzeitig erfolgt, wird die Frage, wer bei dem Wiederzusammentritt des Deutschen Reichstages den Platz auf dem Präsidentenstuhle einnehmen soll, abermals aktuell.

Die Wahl Raempffs erfolgte bekanntlich nach langem Hin und Her mit einer Stimme Mehrheit. Wir geben zu, diese Mehrheit war für die fortschrittliche Volkspartei nicht imponierend und für den Präsidenten, der auf das Vertrauen und das Entgegenkommen aller angewiesen ist, gerade nicht ermutigend. Dr. Raempff nahm die Wahl jedoch aus Gründen des Pflichtgefühls an. Für die Liberalen des Reichstags galt als einziger leitender Grund, den Wählern und den verbündeten Regierungen zu zeigen, daß dieser Reichstag lebensfähig und geschäftsfähig sei. Die Rechte und das Zentrum hatten bekanntlich anders kalkuliert! Nachdem bei den Wahlen die schwarz-blaue Blockherrlichkeit in Trümmern gefunken, sollte auf alle Fälle ein ordnungs- und sachgemäßes Arbeiten der neuen Parlamentsmehrheit verhindert werden, wenn — nicht ein Zuerwählter des Zentrums — die Präsidentenwürde erhielt. Die liberalen Parteien, ebenso die Sozialdemokratie lehnten aber den Ultramontanen als Reichstagspräsidenten ab, weil ein klerikaler Präsident nicht der Ausdruck des Volkswillens nach diesen stürmischen Wahlen gewesen wäre. Das Ergebnis war dann die Wahl des Präsidiums Raempff-Baalsche-Dooe; eine andere Lösung schien damals ausgeschlossen, wenn der um den Präsidentenstuhl hadrende Deutsche Reichstag nicht, wie der selbige polnische Reichstag, zum Geispit der Welt werden sollte. . . .

Rein Mensch wird behaupten wollen, daß das Parlament unter dem Regime Raempffs angam oder stöckend gearbeitet habe. Im Gegenteil! Der parlamentarische Apparat funktionierte trotz aller Störungserfahrungen besser denn je! Nachdem diese Tatsache festgestellt, wäre es Anstandslosigkeit, daß bei einer neuen Präsidentenwahl auch die Parteien, die bisher im Schottwinkelet saßen, sich für die Wiederwahl Raempffs bereit erklärten und so dem Auslande wie den Wählern im Inlande demokratisch zeigten, daß ihnen die Würde des Reichstages und der Wille zur positiven Arbeit über alles gehe. . . . Fehlgeschloffen. Die konfessionellen und ultramontanen Lohrerger werden auch jetzt wieder bei der neuen Tagung den Versuch machen, die ihnen seinerzeit fortgeschwommenen Stelle zurückzugewinnen.

Die liberalen Parteien wollen sich auf lange atademische Erörterungen im Reichstags nicht einlassen; sie überlassen einfach die Entscheidung der Abstimmung und glauben so, der Würde des Reichstags am besten zu dienen.

Staatssekretär von Aderken-Waechter bei San Giuliano. Staatssekretär von Aderken-Waechter besuchte gestern nachmittags 1/2 Uhr den italienischen Minister Mardeole bei San Giuliano in der italienischen Botschaft und hatte eine Unterredung mit ihm, die für die italienische Regierung die Thema der Unterredung dürfte wohl die Lage auf dem Balkan gewesen sein.

Der Kriegsminister über die Eisenbahn im Mandat. Der Kriegsminister v. Heeringen hat an den Eisenbahnminister v. Breitenbach ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen Dank für die Leistungen der Eisenbahnhörden bei den diesjährigen Mandatern ausdrückt. Der Kriegsminister betonte in dem Schreiben, daß die diesjährigen Truppentransporte nicht nur für die Militärbehörden, sondern auch für die Eisenbahnverwaltungen eine treffliche Vorübung für die im Kriege an sie heranretenden Aufgaben gewesen seien.

Beurteilte Landesverträge. Das Urteil in dem gestern vor dem Reichsgericht in Leipzig verhandelten Spionageprozeß lautet: Gegen Westermann und Grether auf drei Jahre Zuchthaus, gegen Etzeopater auf zwei Jahre Zuchthaus. Ferner gegen Grether auf fünf Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Parlamentarisches.

Der Entwurf des neuen Postschlegelgesetzes. Berlin, 8. November 1912.

Der Entwurf des neuen Postschlegelgesetzes ist gestern dem Reichstag zugegangen. Er enthält in der hauptsächlich folgende Veränderungen gegenüber der alten Postschlegelordnung:

Die Gebührenerfrage ist im § 5 dahin geregelt, daß für jede Einzahlung mittels Postkarte eine vom Empfänger zu erhebende Gebühr von 10 Pfg. für jede Auszahlung eine vom Auftraggeber zu entrichtende Gebühr von 5 Pfg. mit einer Steuerungsgebühr von 1/4 pro Millie des auszugehenden Betrages verlangt wird.

Für die Ueberweisung von einem Postschlegelkonto auf ein anderes sollen 3 Pfg. vom Auftraggeber gezahlt werden. Wichtig ist, daß die Gebühren mit Zustimmung des Bundesrats durch den Reichstagsler herabgesetzt werden können.

Als ein Entgegenkommen gegenüber den Forderungen von Industrie, Handel und Gewerbe darf wohl davon

Grosse Posten

Martinsgänse,

Prachtexemplare, bester Hamburger Milchmast, hervorragend an Zartheit und Wohlgeschmack.

Ferner offerieren wir: Alle Sorten Geflügel und Wild, Braunschweiger u. Thüringer Fleisch u. Wurstwaren in grösster Auswahl, Gemüse-, Frische- u. Fisch-Konserven, prachtvollen Astrachan-Kaviar Pfd. 12.-, 16.- u. 20.-, Heilig. Hammer, hervorragend schlang. Natives-Austern, frische Hummerkrabben, delikaten geräuch. Weserlachs, geräuch. Rheinaler, echte Kieler Sprotten u. Schleibücklinge, neue marinierte Riesen-Nunangen. Sehr mässige Preise - beste Qualität.

Pottel & Broskowski,

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins. [0647]

Reminis genommen werden, daß die früher bestandene Steigerungsgeld bei mehr als 600 Buchungen von 7 Pfg. für jede Buchung in Wegfall kommen soll.

Bemerkte sei noch, daß die Guthaben nicht verzinst werden, und daß im Besonderen dem Reichstagsler eine weitgehende Anordnungsbeugsinn im Interesse der Erleichterungen des Verkehrs eingeräumt werden soll.

Es kann nun festgestellt werden, daß der Geist des Entwurfs in wichtigen Punkten den Wünschen von Industrie, Handel und Mittelstand Rechnung trägt, wenn auch u. a., besonders bezüglich der Fragen der Verzinsung der Guthaben, der Ueberweisungsgebühr von 3 Pfg., über weitergehende Wünsche des Gewerbetreibenden noch zu reden sein wird. Vor allem aber sollte gerade mit Rücksicht auf die Bestimmungen dieses Gesetzes mit einem industriellen und gewerblichen Betriag zur Begünstigung der in diesem Zusammenhang auftretenden Fragen der Anfang gemacht werden.

Parteinachrichten.

Die nächste Tagung des Zentralauschusses ist von dem Geschäftsführer des Reichstagsler der Fortschrittlichen Volkspartei unter Zustimmung des Vorsitzenden des Zentralauschusses am Sonnabend, den 18., und Sonntag, den 19. Januar 1913 anberaumt worden. Die Verhandlungen werden voraussichtlich am 18. Januar abends 6 Uhr beginnen und dann am Sonntag fortgesetzt werden. Ein Feiertag am Sonntag nachmittag wird nicht stattfinden, dafür ein gefälliges Familienessen am Sonntag abend. Am Montag, den 20. Januar, schließt sich dann an die Tagung des Zentralauschusses ein Freuentag an, d. h. eine Konferenz von Delegierten der verschiedenen Organisationen. Bekanntlich hat der Parteirat in Maaßheim die Bildung einer ganz Deutschen umfassenden Landesorganisation beschlossen, und diesem Beschlusse gemäß werden nun in den nächsten Tagen die Einzelorganisationen der verschiedenen Provinzial- bzw. Bezirksorganisationen zur Prüfung ergehen. Aufgabe des Parteiratunges wird es vor allem sein, über die sachliche und tatsächliche Stellungnahme bei den nächsten Landtagswahlen zu beraten. Demgemäß werden die Verhandlungen vertraulich sein müssen. Dagegen ist für Montag abend eine große öffentliche Versammlung vorgesehen.

Auf dem Mannheimer Parteirat ist gelegentlich der Wunsch ausgesprochen worden, daß der Zentralauschuss bereits Ende November oder Anfang Dezember einberufen werden möchte. Das hat sich aber als unmöglich herausgestellt. Der Zentralauschuss wird sich nämlich in seiner Sitzung aller Wahrscheinlichkeit nach in der Hauptsache mit den Anträgen zu beschäftigen haben, die ihm vom Mannheimer Parteirat überreicht worden sind und in denen zum Teil sehr schwerwiegende Fragen angeht werden. Infolgedessen wird es unbedingt erforderlich sein, daß außer den Delegierten der Landes- und Provinzialverbände möglichst die gesamte Reichstagsstation, die einen wesentlichen Bestandteil des Zentralauschusses bildet, seinen Sitzungen beizuwohnt. Für eine Verhinderung des Zentralauschusses würde daher nur die erste Parlamentswoche des Reichstages in Betracht kommen, also die Zeit um den 1. Dezember herum, während der 8. Dezember zu nahe an Weihnachten liegt, so daß dann nicht auf eine vollständige Beteiligung aus dem Lande gerechnet werden könnte. Gegen die Abhaltung der Sitzungen des Zentralauschusses in den ersten Tagen nach Wiederzusammentritt des Reichstages spricht aber der Umstand, daß das Parlament gerade in dieser Zeit mit wichtigen Beratungen und Beschäftigungen befaßt sein wird, beispielsweise der Präsidentenwahl, der Vorbereitung von Interpellationen (Teuerung u. a.), der Vorberatung des Etats. Daher ist es sehr zweifelhaft, ob die Reichstagsgebäude die nötige Ruhe und Zeit für die Verhandlungen des Zentralauschusses haben würden. Schon früher hat es sich einmal als sehr hinderlich erwiesen, wenn die Sitzungen des Zentralauschusses in eine parlamentarisch bewegte Zeit fielen. Dazu kommt, daß auch für die Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses, der naturgemäß die Tagesordnung des Zentralauschusses eingehend vorbereiten muß, die Unwesenheit aller Mitglieder aus dem Lande, namentlich auch der Süddeutschen, notwendig ist. In der parlamentarischen Zeit aber würde sich eine Vollzähligkeit

nicht erzielen lassen, vielmehr kann der Geschäftsführende Ausschuss die Beratungen über die Tagesordnung des Zentralauschusses auch erst nach der Wiedereröffnung des Reichstages beginnen.

Bei dieser Sachlage erscheint es am zweckmäßigsten, den Zentralauschuss auf den Anfang des neuen Jahres einzuberufen. Das erfolgt im Einklang mit den Vorschriften des Organisationsstatutes, wonach der Zentralauschuss innerhalb der ersten vier Monate des Kalenderjahres zur ordentlichen Sitzung einberufen werden muß.

Provinzial-Nachrichten.

Verhaftung einer Streikerversammlung.

Magdeburg, 8. Nov. Gestern beabsichtigten die Streikenden der Firma Mundlos & Co. im „Weißen Hirs“ sich einen Situationsbericht über den Streik geben zu lassen. Kurz vor der Eröffnung der Versammlung erschienen jedoch ein Polizeikommissar und 30 Schutzleute, um die sämtlichen Versammlungsbesucher zu fesseln, weil Streikende sich der Bestätigung von Arbeitswilligen schuldig gemacht hätten. In Trüpp von etwa je 40 Mann wurden die Versammelten nach der Polizeiwache gebracht, verhört und bis auf zwei wieder entlassen.

w. Diemitz, 7. Nov. (Meldungen von Lehrern zur Teilnahme an den Ostbaurufen) für 1913 in Diemitz sind der Kgl. Regierung zu Merseburg auf dem Dienstwege eingereicht.

f. Witten, 6. Nov. (Treibjagd - Kirchweih) Heute fanden in den Fluren Lenna und Witten die große Treibjagd statt. Auf 1800 Morgen wurden von 30 Schützen 165 Fasanen und zwei Kaninchen erlegt, ein Rehwild, das dem Breite der Jagd durchaus entspricht. - Am nächsten Sonntag und Montag feiert unser Dorfchen sein Kirchweihfest.

n. Schöten, 8. Nov. (Wassermangel) In unserem sonst sehr wasserreichen Orte macht sich jetzt bereits schon seit einigen Wochen, trotz der vielen Niederschläge der letzten Zeit, eine auffallende Wasserknappheit bemerkbar, so daß die nördlich und südlich gelegenen Stadtteile fast ohne Wasser sind und sehr nicht genügend haben. Bei einer etwa ausbrechenden Feuersgefahr würden die Brunnen keine halbe Stunde Wasser liefern können. Was ist hieran die Schuld? In früheren Jahren hat man von solcher Kalamität nichts beobachtet. Vor etwa 5 Jahren hat man im Quellengebiet ein künstliches Areal verkauft, da man damals gar nicht daran dachte, hier jemals Wassermangel haben zu können.

n. Weihenfelden, 8. Nov. (Stadtverordnetenversammlung) Nach der in der letzten Sitzung der Stadtverordneten gehaltenen Rechnung der Stadtparisse für das Jahr 1911 hatte diese ein Vermögen von 7 912 502,79 Mk.; der Betriebsüberschuss für 1911 belief sich auf 64 048 Mk. - Dann fand folgender Dringlichkeitsantrag zur Beratung: 1. Der Magistrat soll ermächtigt werden, die Einfuhr von ausländischem Schlachtvieh zur Vermeidung der bestehenden Fleischsteuerung dadurch zu ermöglichen, daß die Fracht- und Zollkosten aus städtischen Mitteln gedeckt werden. 2. Die Kosten werden aus dem Fonds bestritten, der der hierzu bestehenden Kommission zur Verfügung gestellt wurde. 3. Das eingeführte Schlachtvieh oder Fleisch ist an die städtischen Fleischverarbeiter unter der Bedingung abzugeben, daß zu einem einheitlichen, vom Magistrat festzusetzenden Verkaufspreis an die Einwohnerlichkeit verkauft wird. - Daraufhin wurde beschlossen, daß eine gewählte Deputation ermächtigt wird, diesbezügliche Petitionen bis Ende Januar 1913 anzunehmen, und ihr die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Siebenbrunn, 7. Nov. (Kartengüter) Der Besitzer des Rittergutes Thessa, Gärtner, der das Gut vor einem Jahre kaufte, hat vor einigen Tagen die Auffassung des Rittergutes (228 Hektar) in Kartengüter bei der General-Kommission in Merseburg beantragt.

Gleina, 7. Nov. (Bei der letzten Holzjagd) erlegten 7 Schützen 86 Hasen, 187 Kananen, 608 Karnideln, 4 Föhner und 3 Divoerjes, in Summa 888 Stück. Beste Strecke hatte der Großherzog von Sachsen mit 273 Stück. Jagdherr: Baron v. Hellborn, Gleina.

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer.

Halle a. S., 7. November.

Der Alkohol.

Der Arbeiter August Wederake in Dessau, ein 65jähriger, verheirateter Mann, wargriff sich am 2. September an einem dortigen achtjährigen Schulmädchen in unzüchtiger Weise. Er will bei Begehung der Tat betrunken gewesen sein. Unter Zustimmung mildernden Umstände wurde er am geringsten zulässigen Strafmaß von je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hat um Aufhebung der Strafe, damit er seiner Frau erst noch ein bißchen Geld verdienen könne.

Gekränkte Unschuld.

Der 30jährige Seiler Emil Bauersfeld von hier war angeklagt, im September zwei Fahrräder, die einem Reichen und einem Leichten gehörten, gestohlen zu haben. Er bestritt das sehr entschieden und meinte, das sei doch keine Art und Weise, ihn unzufällig auf die Anklagebank zu bringen; die Belastungszeugen müßten sich in der Verurteilung gewaltig geirrt haben. Er ist schon öfter, auch wegen Fahrraddiebstahls, verurteilt und war erst Ende August aus dem Gefängnis entlassen. Doch ist er im öffentlichen Bewußtsein einer Braut und kämpfte diebstahl um ihr zu erwidern so lebhaft gegen einen weiteren Verlust der goldenen Freiheit. Indes fügte er seiner Verteidigungsrede kühllich die Bitte hinzu, das Gericht möge, falls es ihn wider sein Erwarten schuldig finden sollte, ihm dann wenigstens mildernde Umstände beizumessen. Die Strafkammer verurteilte ihn diese jedoch und verurteilte ihn unter Einrechnung einer kürzlich erhaltenen Gehaltsstrafe zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. B. erklärte entrüstet: „Ich habe keine Strafe verdient und nehme auch keine an!“

Auf höherer Bahn.

Der „Arbeiter“ Emil Freundlieb von hier wurde wegen Zuhälterei zu 1 1/2 Jahren Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und zur Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurteilt. Er hatte in den Jahren 1911 und 1912 sich in Halle und Leipzig an zwei unzüchtige Frauenpersonen gehängt und sich von ihnen „ausgehalten“ lassen. Er ist erst 21 Jahre alt, aber bereits öfter verurteilt, außer wegen Rohheitsvergehens auch schon einmal wegen Zuhälterei. Zur Entschuldigend seines fiederlichen Lebenswandels gab er an, er könne nicht arbeiten. Auch drohte er beim Verlassen des Gerichtssaales einer Belastungszeugin: „Warte nur, dir schlag' ich den Schädel ein, wenn ich wieder rauskomme!“

2mal vorbeirast.

Der 35jährige Gelegenheitsarbeiter Ernst Pfeiffer von hier, schon 2mal vorbeirast, soll sich in diesem Jahre eine Zeitlang in Halle und Umgegend auf den Fahrrad-diebstahl gelegt und im ganzen mindestens vier Räder erbeutet haben. Er will aber von keinem der ihm zur Last gelegten Diebstähle etwas wissen, sondern nur dann und wann auf georgten Rädern gefahren sein. Die Strafkammer hielt ihn nur in zwei Fällen des Diebstahls für hinreichend überführt und bestrafte ihn hierfür mit 1 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Redaktions-Vertung Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Faustmayer; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Inseratenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Henschel. Sämtlich in Halle a. S. - Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. -

Haemacolade

erhöht Arbeitskraft und Arbeitslust!

Montag, den 11. November

beginnt der grosse

Weihnachts-Verkauf!

In sämtlichen Abteilungen sind grosse Posten zusammengestellt, die durch

ganz enorme Preiswürdigkeit

schon jetzt zum Einkauf für das Weihnachtsfest eignen.

Geschäftshaus

J. LEWIN

Marktplatz 2 u. 3.

